

Andreas Wirsching:
Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?
Politischer Extremismus in
Deutschland und Frankreich
 1918-1933/39. Berlin und Paris
 im Vergleich, Quellen und
 Darstellungen zur Zeitgeschichte.
 Hrsg. vom Institut für
 Zeitgeschichte. Bd. 40,
 R. Oldenbourg Verlag München
 1999, 702 S. (148,00 DM)

Seine Habilitationsschrift hat *Andreas Wirsching*, jetzt Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Augsburg, zu einem der spannendsten und für die Wertung des 20. Jahrhunderts entscheidenden Kapitel verfaßt. Detailreich untersucht er den Extremismus in Deutschland und Frankreich in der Zwischenkriegszeit und exemplifiziert ihn an den politischen Vorgängen in den Hauptstädten der verfeindeten Nachbarn. Titel und inhaltliches Konzept sind von *Ernst Nolte* beeinflusst, auch wenn *Wirsching* sich von den späten inhaltlichen Eskapaden des Erfinders der durchaus fruchtbaren These des »Weltbürgerkriegs« zu distanzieren sucht. Vor allem im Antisemitismus sieht er eine besondere Qualität, die über den reinen Antibolschewismus hinausgeht.

Nicht *Eric Hobsbawms Zeitalter der Extreme* ist sein Ansatz, sondern die sehr einseitig ausgerichtete These von der »totalitären Signatur der Epoche«. Für ihn führt eine Faschismustheorie, die wie *Max Horkheimer* Kapitalismus und Faschismus zusammendenken will, in die Irre. Nicht solche sozialökonomischen Zusammenhänge bewegen ihn, sondern allein die Ebene der politischen Auseinandersetzung, denn es gehe eigentlich um die »Interdependenz der Extremismen im demokratischen Raum« (S. 14).

Hier kann nicht auf die Fülle des von *Wirsching* ausgebreiteten Stoffes eingegangen werden. Er beleuchtet vielfältige Facetten von Akteuren und Politik vornehmlich im linken und rechten Lager in Berlin und Paris. Aufmerken läßt das zeitgeistgemäße Herangehen an diese Vorgänge und die Fähigkeit, mit wissenschaftlichem Deutungsanspruch doch eine bis in die

Gegenwart reichende politische Lesart anzubieten, die die Vergangenheit mit ihren Konflikten und ihren Folgen geradlinig zu Beweisstücken der Entscheidungen der jüngsten Geschichte macht.

Der Nebeneffekt ist das Relativieren des »Erfolgs« des deutschen Faschismus mit seiner Vernichtung zunächst der Weimarer Republik, dann der meisten anderen europäischen (mehr oder minder demokratischen) Staaten einschließlich des Verursachens von Krieg und Genozid an Juden, Zigeunern, Slawen. Der deutsche Faschismus blieb ja keineswegs »nur« bei Mord und Terror gegenüber dem politischen Gegner stehen. Und damit wird auch die Zerschlagung des Faschismus durch die nicht zuletzt auch von Kommunisten mitgetragene Widerstandsbewegung – bei *Wirsching* der »Mythos Résistance« (?) – wie auch die Befreiung durch die Sowjetarmee disqualifiziert. Nicht zuletzt wird verordneter wie nicht verordneter Antifaschismus und damit auch Engagement von Kommunisten und Linken gegen Faschismus und Neofaschismus relativiert, eigentlich ad absurdum geführt.

Methodisch hat der Autor konsequent die Totalitarismustheorie für den gewählten Untersuchungsgegenstand umgesetzt und weiterentwickelt. Unter diesem Mikroskop erwächst ein Kampf der sich extrem gegenüberstehenden nationalsozialistisch-faschistischen und kommunistischen Strömung, der kaum verstehen läßt, warum die vermeintlich so überlegende, zukunftsichere Demokratie an Spree und Seine diesem Ansturm nicht standhielt – bei allen Unterschieden zwischen Deutschland und Frankreich. Vor allem ist so nicht ausreichend zu erklären, warum zunächst dieser radikale Bruch von links und die ebenso harte Reaktion von rechts sich etablieren konnten und vielleicht auch mußten.

Konsequent wendet *Wirsching* auf die deutschen wie die französischen Kommunisten die gängigen Kategorien der Totalitarismustheorie an. Er sucht nachzuweisen, wie Ideologiemonopol, Parteiorganisation, letztlich auch geheimdienstliche Organisationen, Waffen- und Nachrichtenmonopol in solchen oppositionellen, oft unterdrückten und zu Zeiten der Weimarer Republik auch verfolgten Strukturen angelegt und wo immer möglich auch praktiziert wurden.

Für die Totalitarismustheorie eröffnet er eine »historisch-genetische Dimension«, die erklärt, wie solche Parteien nach der Machteroberung tatsächlich genau die bereits in Ideologie und Politik angelegten antidemokratischen, eben totalitären Züge entfalten konnten. Dabei erscheint ihm die KPD als eine idealtypische totalitäre Partei, während der FKP eine gewisse Abweichung von diesem Idealtyp, dennoch aber ein totalitärer Zuschnitt bescheinigt wird. Der Forschungsstand zur FKP wird gerade deshalb kritisiert, weil deren Charakter als totalitäre Bewegung weitgehend ignoriert wurde. Die »totalitäre Bewegung« ist für *Wirsching* ein Schlüsselbegriff. In Anlehnung an *Carl F. Friedrich* ist diese idealtypisch eine Bewegung, »die sich durch eine Ideologie, eine disziplinierte Partei, einen Propagandaapparat und das Streben nach paramilitärischer Organisation auszeichnet«. Letztlich ordnet sie »das gesamte politisch-soziale Leben einem konsequent verabsolutierten Freund-Feind-Gegensatz unter. Politik wird als Kampf begriffen, als Kampf gegen einen gefährlichen Gegner«. Aus diesem ergibt sich die »Legitimation des Versuches, das Gewalt- und Gesetzgebungsmonopol der demokratischen Rechtsstaaten im Namen von ›Notwehr‹ und ›Selbsthilfe‹ zu durchbrechen« (S. 612).

Die Arbeit durchzieht der teilweise berechtigte Nachweis, daß sich faschistische und kommunistische Politik gegenseitig bedingten und aufschaukelten als eine »Art kumulative Radikalisierung«. Im Kern läuft dies allerdings darauf hinaus, daß die faschistische Bewegung letztlich nur eine Reaktion, eine durchaus verbreitet anerkannte »Notwehr« gegen die kommunistische Bedrohung seit der Oktoberrevolution gewesen sei. »Das Grundempfinden der Bedrohung durch den Kommunismus, wieder und wieder geäußert ..., wurde zu einer bewegenden Kraft rechtsextremen Denkens und Handelns. Und es wäre unangemessen, dieses Grundempfinden als bloß ›hysterischen‹ Antikommunismus abzutun« (S. 617).

Eines bleibt allerdings rätselhaft: Warum konnte die kommunistische Bewegung überhaupt solche Chancen bekommen? Zu recht weist der Autor auf den Ersten Weltkrieg, auf »die Erfahrung von Krieg und Gewalt« hin, auf das »Ausbleiben von durchgreifender sozialer Machtverschiebung« (S. 610). Im Hintergrund

seiner Argumentation lauert allerdings ein idealisiertes Verständnis der demokratischen Strukturen, der Demokratie an sich, ohne allzu sehr nach den konkreten Auswirkungen insbesondere für die arbeitenden Menschen zu fragen, nach den Gründen, warum soziale Machtverschiebungen, Veränderungen in den Verteilungsverhältnissen, auch in der praktischen Teilhabe an dieser scheinbar so perfekten Demokratie offenbar zu den fraglichen Zeiten von vielen Menschen als unabdingbar angenommen wurden. Insofern ist sein Betonen eines funktionalistischen Ansatzes, das Ausblenden der »subjektive(n) Bemühen einzelner kommunistischer Akteure oder Gruppierungen um diese oder jene ideologische Orientierung oder politische Aktion« zugunsten der »je spezifischen Wirkung kommunistischen Handelns sowie die hierdurch hervorgerufenen Reaktionen« (S. 20f.) gelinde gesagt problematisch. Damit geht der Erklärungswert verloren, erscheint kommunistische Politik und faschistische Reaktion als isolierte Vorgänge jenseits der Realitäten in Deutschland und Frankreich.

Ein solch fundamentaler Einwurf entschärft allerdings die notwendige Kritik an der konkreten kommunistischen Politik im Untersuchungszeitraum nicht im geringsten und hebt keineswegs die Notwendigkeit des Aufzeigens von autoritären, ja totalitären Zügen in der kommunistischen Bewegung auf. Mit der Übernahme des leninistisch-stalinistischen Parteimodells sind zwangsläufig undemokratische, hierarchische Züge in die Partei hineingekommen, die verstärkt durch die konkreten Klassenkampfverfahren genau jenen Weg pflasterten, der zum Realsozialismus einschließlich seiner stalinistischen Exzesse führte. Nur – und das ist das Problem totalitarismustheoretischer Ansätze – all dies geschah weder voraussetzungs- und bedingungslos noch losgelöst von tatsächlichen gesellschaftlichen Interessen, die die Kommunisten versuchten zu artikulieren und durchzusetzen. Das Schlimme ist, daß sie ihre heiligen Ziele mit unheiligen Mitteln durchzusetzen suchten, daß sie Demokratie in den eigenen Reihen wie gegenüber der Gesellschaft, in der sie wirkten, vernachlässigten, weitgehend ausschalteten und damit genau ihren Gegnern in die Hände arbeiteten. So trugen gerade die deutschen Kommunisten durch ihre fehlerhafte Politik eine Mitverantwortung am Erfolg *Hitlers* 1933.

STEFAN BOLLINGER

**Weltbank (Hrsg.):
Weltentwicklungsbericht
2000/2001: Bekämpfung
der Armut, UNO Verlag 2001,
391 S. (77,26 DM/39,50 €)**

Im Vorwort zum Weltentwicklungsbericht 2000/2001, der sich, einem zehnjährigen Turnus folgend, mit dem Armutssyndrom befaßt, schreibt der Weltbank-Präsident *James D. Wolfensohn*, daß »Armut inmitten des Überflusses ... die größte Herausforderung (ist), vor der die Welt heute steht« (S. V) – eine Einsicht, die schon im Weltentwicklungsbericht 1990 verbreitet wurde und die schon damals keineswegs neu war. Allerdings scheint es den Weltbank-Experten nicht wirklich um die Bedürfnisbefriedigung der Menschen zu gehen. Denn im folgenden wendet sich der Bericht – mit einer beeindruckenden Faktenmenge unterfüttert – ganz anderen Fragen zu. Wenn nämlich die ungleiche Verteilung des stofflichen Reichtums das Problem der Weltbank wäre, dann würde sich zwingend die Frage nach den Gründen stellen. Dann müßte aus dem Problem, daß die Armen der Welt wegen »zu geringen Einkommen und Kapital, ... die Kosten für die notwendigsten Dinge des Lebens wie Nahrung, Obdach, Kleidung und für ein annehmbares Gesundheits- und Bildungsniveau« (S. 41) nicht bestreiten können, der Schluß gezogen werden, daß die ungleiche Eigentumsverteilung der Grund für die Not der Menschen ist. Daß es der Weltbank aber genau darum nicht geht, ist natürlich nicht verwunderlich.

Die Experten der Weltbank gehen im ersten Kapitel »von der heute traditionellen« – aber leider trotzdem falschen – »Definition von Armut aus, ... nach der Armut nicht nur materiellen Mangel (gemessen anhand eines geeigneten Einkommens- und Verbrauchsbegriffs), sondern auch schlechte Leistungen im Bildungs- und Gesundheitswesen umfasst. (...) Dieser Bericht erweitert den Armutsbegriff um die Faktoren Schutzlosigkeit und Risikoanfälligkeit – sowie den Mangel an Mitsprache und die Machtlosigkeit« (S. 19). Für die Schätzung der Menge der Armen gilt die »Grundlage eines Einkommens von 1 oder 2 US-Dollar pro Tag« (S. 21).

Armut ist aber – und nur so macht dieser Begriff analytisch Sinn – eine Verhältnisbestimmung. Das Verhältnis kann aber nur das zwischen dem vorhandenen stofflichen Reichtum einerseits und der individuellen Verfügung über ihn andererseits sein.

Für die so bestimmte Armut soll es – darum geht es in Kapitel zwei – verschiedene Gründe geben. Als erster Grund (vgl. S. 42 f.) werden Arbeitslosigkeit und Unterbezahlung der Beschäftigten aufgeführt. Beides sind aber im eigentlichen Sinne gar keine Gründe, denn die Abwesenheit von etwas – *Arbeitslosigkeit* und eine Lohnhöhe, bei der das Geld nicht reicht, um die Dinge des Bedarfs zu kaufen – kann gar kein Grund für etwas sein. Dabei ist nämlich einfach unterstellt, daß nur mit Geld Gebrauchswerte zu erwerben sind und daß die, die kein Eigentum haben, sich dieses durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft erwerben müssen und darum auch abhängig von den Kalkulationen der Arbeitgeber sind. Gegen die der Einkommenslosigkeit geschuldete Armut soll ein Wirtschaftswachstum helfen, welches aber auch Probleme mit sich bringe (vgl. Kapitel 3-5).

Der zweite Grund (vgl. S. 43 f.) für die Armut soll der »Mangel an Mitspracherecht und Macht« sein. Weil die Armen kein Geld haben, seien sie auch dem Staat hilflos ausgeliefert und kämen dadurch auch nicht aus der Armut heraus, denn »die Gefahr körperlicher Gewalt oder die Machtwillkür seitens der Bürokratie macht es ihnen schwer, sich in öffentliche Angelegenheiten zu engagieren, ihre Interessen kundzutun und diesen Geltung zu verschaffen« (S. 43). Dabei wird wieder, wie in Grund eins, nichts darüber und dagegen gesagt, warum die Staaten so mit den Paupern verfahren. Im Teil III – »Empowerment« (vgl. S. 121 ff.) – wird als Reaktion auf das so definierte Problem vorgeschlagen, »staatliche Institutionen (zu) schaffen, die stärker auf die Bedürfnisse der Armen eingehen« (S. 121).

Als dritter Grund (vgl. S.44 f.) wird die Schutzlosigkeit der Armen vor Naturkatastrophen und der Staatsgewalt genannt. Beides ist, laut Weltbank, aber nicht der eigentliche Grund für die Verschärfung des Elends zum Beispiel durch Regenfälle und anschließende Überschwemmungen. Vielmehr können die Armen darauf nicht reagieren, da sie ihre Mittel für das tägliche Leben brauchen und nichts

für schwere Zeiten zurücklegen können. Hinzu soll dann noch kommen, daß der Staat respektive die Gesellschaft keinen Mechanismus entwickle, der diesem entgegenwirke. Nachdem im Teil III des Berichts schon darauf gedrungen wurde, daß staatliche Organisationen stärker auf eine Unterstützung der Armen ausgerichtet sein sollten, wird dies im Teil IV – »Sicherheit« (vgl. S. 165 ff.) – noch weiter ausgeführt. Es sollen Mechanismen geschaffen werden, die »die unmittelbaren Probleme von Schocks und die Unfähigkeit, diese zu überwinden« (S. 166) angehen.

Im Teil V – »Maßnahmen auf internationaler Ebene« (S. 219 ff.) – wird von der Weltbank darauf gedrungen, »globale Kräfte für Arme nutzbar (zu) machen« (S. 219). Für die Weltbank bedeutet das, daß erstens der »Zugang zu Märkten in Ländern mit hohem Einkommen« (S. 219) erweitert werden soll. Zweitens soll das »Risiko von Wirtschaftskrisen« (S. 221) gemindert werden. Des weiteren sollen »internationale öffentliche Güter zum Vorteil der Armen« (S. 222) geschaffen werden. Zu den öffentlichen Gütern gehören laut Weltbank die »Eindämmung von ansteckenden Krankheiten oder (die) Forschung zur Ertragssteigerung in der Landwirtschaft« (S. 222).

Damit wird so getan, als ob die Lebensmittel nicht reichen würden, die Menschen der Welt zu versorgen – dabei sind die Lebensmittel für die Menschen zu teuer. Gleiches gilt für Medikamente, wie zum Beispiel dem Streit zwischen Pharmakonzernen einerseits und der südafrikanischen Regierung andererseits im März, April des Jahres 2001 zu entnehmen war.

Als Fazit läßt sich festhalten, daß der *Weltentwicklungsbericht 2000/2001: Bekämpfung der Armut* sicherlich lesenswert ist, wenn man sich erstens darüber informieren will, welche Dimension das Elend auf der Welt erreicht hat, das die Weltbank als solches ansieht. Zweitens ist der Bericht lesenswert, wenn man wissen möchte, wie die Weltbank gedenkt, gegen dieses Elend vorzugehen. Vor allem Globalisierungskritiker, die das Beschreiben der Armut für ein Argument halten, werden im Bericht sicherlich eine Menge Stoff für ihre Flugblätter finden.

ALJOSCHA JEGODTKA

Andreas Müller, Arno Tausch
and Paul Michael Zulehner
(under Collaboration of
Henry Wickens) (eds.):
*Global Capitalism, Liberation,
Theology and the social Sciences.*
An analysis of the contradictions
of modernity at the turn of the
millennium, Nova Science
Publishers Inc., Huntington,
New York 2000, 332 p.

Eine Autorin und zwölf Autoren legen ein opulentes Sammelwerk vor, das die Probleme von Globalisierung, Religionen und Sozialwissenschaften auf imponierende Weise verbindet. Den weiten Spannungsbogen versinnbildlichen der Ägypter *Samir Amin*, Direktor von *Forum du Tiers Monde* (Dakar), mit einer weitgreifenden Darstellung der Spezifika der Buchreligionen und der langjährige Rostocker Lateinamerikanist *Steffen Flechsig* (Zwickau), der sich dem Beitrag des argentinischen Ökonomen *Raúl Prebisch* (1901-1986) für die Perspektive einer humanen Welt widmet. Hier können allerdings nur einige Spitzthesen hervorgehoben werden, um die Relevanz des Bandes anzudeuten und vor allem zu eigener Lektüre und Auseinandersetzung anzustiften.

Noch einmal ein Buch, das die Befreiungstheologie ernstnimmt? Leben Totgesagte wirklich länger? Die Verhältnisse zwischen biblischen Freiheiten und ökonomischen Zwängen haben sich auch nach dem voreilig angenommenen »Ende der Geschichte« nicht verändert, sondern sind unverstellt ans Licht getreten. Darum lauten die ersten beiden Sätze der Herausgeber: »Liberation theology is dead. Long live liberation theology!« Das stellt keine frohgesinnte Akklamation dar wie beim Ritual der Inthronisation eines neuen Königs, sondern für sie ist es die Kontinuität einer kritischen Distanz der biblischen Programmatik zum Kapitalismus – einer Distanz, die zu den Wurzeln der Kirche gehört; die zunehmend an theologischer Tiefe gewonnen hat, was sich auch an ihrer ökumenischen Ausbreitung zwischen römischem Katholizismus und Protestantismus (speziell im Ökumenischen Rat der Kirche in den siebziger und achtziger Jahren) zeigt.

Faszinierend stellt *Samir Amir* gemeinsame Wurzeln und brisante Differenzen zwischen den drei Buchreligionen Judentum, Christentum und Islam heraus. Seine Thesen sind im einzelnen gewiß nicht unbestreitbar, aber der Streit lohnt sich. Das zeigt sich zum Beispiel an seiner Kritik des gängigen Terminus »jüdisch-christliche Kultur«: »Modern culture is not Christian, nor Judeo-Christian: it is bourgeois.« Seine Schlußsätze sind schockierend illusionslos angesichts einiger Klischees im Blick auf den Islam: »Modern thinkers henceforth are fundamentally not Christians, not Jewish, they might be bourgeois, or beyond, socialist, although they are of Christian or Jewish origin. The bourgeois civilization is not the creation of Christianity – or Judeo-Christianity. Inversely, it were the Christianity and the Judaism of the Jews of Western Europe wih adapted the selves to the bourgeois civilization. One expects that Islam would now be the next to make it. This is the condition that the Muslim people participate in the making of the world and that they don't exclude themselves.« Zuvor schon hatte er den Anspruch von jedermann auf die allein gültige Koran-Auslegung hellseherisch säkular charakterisiert: »That is the permanent civil war, like in Afghanistan.«

Der Religionswissenschaftler *Jung Mo Sung* (Sao Paulo) reflektiert die Verbindungen und Gegensätze zwischen Markt, Globalisierung und Gottesherrschaft (basileia tou theou). Die Kritik an der Vergötzung des Marktes (Idiolartrie) schließt für ihn eine Dämonisierung desselben aus; denn eine komplexe Gesellschaft könne nicht ohne Marktwirtschaft aufgebaut werden.

Eine ernüchternde Bilanz zieht der Bonner Franziskaner *Andreas Müller* aus theologischen Aspekten der Verschuldung der Zwei-Drittel-Welt: Nur wenn die Länder dieser Region ihre Finanzen für ihre eigenen legitimen Interessen einsetzen können, haben sie eine Chance auf friedliche Entwicklung.

Weitere Beiträge analysieren materialreich neue Formen der Abhängigkeit im Westsystem, die Notwendigkeit einer Theologie für die Demokratisierung in Europa sowie die Rolle der Kirchen in Mittel- und Osteuropa und Peru. Statistiken, Hinweise zu Materialarchiven, Bibliographie und Sachindex komplettieren den Band.

JENS LANGER

**Bernd Harder,
Hansjörg Hemminger:
Seher – Schwärmer – Bibeldeuter;
Prophezeiungen zum Weltende
und ihre Bedeutung,
Gütersloher Verlagshaus
Gütersloh 2001, 128 S. (16,80 DM)**

Im vorliegenden Buch werden am Beginn des neuen Jahrtausends die bisherigen Versuche mit »Endzeit-Fahrplänen« untersucht. Die Darstellungen sehr unterschiedlicher Orientierungen und damit einhergehenden Verirrungen beginnen mit *Nostradamus*, dessen Dunkelworte am Beginn der Neuzeit als vermutete Hinweise auf Geschehnisse künftiger Zeiten gelten. Durch weitere Analysen der nachfolgenden Prophezeiungen, die das vergehende Corpus Christianum auf ein Imperium Humanum hin prognostizierten, wird ein Mythos überwunden.

Das Buch zieht eine ernüchternde Bilanz über die Verwirrungen namentlich des letzten Jahrhunderts, das aufgrund von Ahnungen der Seher und Apokalyptiker einen Abschied aus der Menschheitsgeschichte hätte bringen sollen. Der Weltuntergang hat nicht stattgefunden. Die Weltenträselung der *Nostradamus*, *Swedenborg*, *Cayce*, *Dixon* aber auch von *Fatima* und *Fittkam* wird von den Autoren als Geschäftemacherei und Scharlatanerie entlarvt. *Bernd Harder* erreicht sein Ziel mit akribisch textkritischer Methode und kontextualen historischen Vergleichen.

Dem aufklärerischen Geist dieses Buches weht nun aber ein Zeitgeist entgegen, der sich an Weltuntergangsszenarien nur allzu gern ergötzt. Das veranlaßt *Hansjörg Hemminger* zu fragen, wo eigentlich die psychologischen Hintergründe liegen, die Menschen immer wieder anfällig machen für die Faszination am Weltende und Untergang. Liegt es an den »Grundformen der Angst« (*Fritz Riemann*), in denen die Gedankenwelten zu Weltbildern erstarrten? *Hemmingers* Zuversicht hingegen leitet sich ab aus der Wirkungsgeschichte der christlichen Religion, die in ihrer eigentlichen Botschaft den Weg aus dem Dickicht der Ängste weist und den Weltlauf unter den Horizont der Erneuerung und Rettung stellt. So versteht

er auch die biblischen Urkunden nicht als ein Code für die Entschlüsselung der Welträtsel, sondern als Träger von Verheißungen und zuversichtlicher Lebensgestaltung.

Diese befreiende Alternative zum ängstigenden und geängsteten Zeitgeist drängt es zu weitergehenden Studien. Durch ein Anmerkungs- und Literaturverzeichnis, das den Wert des Buches zur wissenschaftlichen Weiterarbeit erhöht, öffnet sich ein Weg zur Überwindung der Schwarm- und Zeitgeister.

KLAUS ROEBER

Uwe Soukup:
Ich bin nun mal Deutscher –
Sebastian Haffner. Eine Biographie,
Aufbau Verlag Berlin 2001,
344 S. (39,90 DM/20 €)

»Nur in der täglichen Routine ist Sicherheit und Weiterbestehen – gleich daneben fängt der Dschungel an. Jeder europäische Mensch des 20. Jahrhunderts hat das mit dunkler Angst im Gefühl. Daher sein Zögern, irgendetwas zu unternehmen, was ihn »entgleisen« lassen könnte – etwas Kühnes, Unalltägliches, nur aus ihm selbst Kommendes.«

Dieses Zögern, diese dunkle Angst, beschrieb *Sebastian Haffner* in seinem literarischen Meisterwerk *Geschichte eines Deutschen*, als ständige Möglichkeit immenser Zivilisationskatastrophen. *Haffner*, soviel wird in dieser Biographie – die im wesentlichen den politischen Journalisten präzise skizziert – deutlich, bezog diese ständige Möglichkeit der Zivilisation, in den »Dschungel« des Unmenschlichen abzurutschen, nicht nur auf die Naziherrschaft in Deutschland. Überall wo der Mut zum Kühnen, zum Unalltäglichen fehle, zerfalle ein Stück Demokratie. Deshalb blieb *Haffner* sein Leben lang ein Provokateur, der mit faszinierendem Weitblick in allen Medien seine Kühnheit zu beweisen verstand. Seine Motivation schöpfte er aus der besten bürgerlichen Tradition, die ihn stets an die Rufe nach Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit erinnerte. Er war in diesem Sinne Konservativer, der den Sozialismus überhaupt nicht schätzte. Ob im englischen *Observer*, im *Stern*, in *Konkret*, in der

Welt, in der *Süddeutschen Zeitung*, in *Christ und Welt* oder im *Internationalen Frühshoppen*, *Haffner* prägte in diesem Sinne nicht nur die jeweiligen Redaktionen, sondern lieferte Politikern, die seinen demokratischen Vorstellungen folgten, journalistische Unterstützung. Obwohl er den Sozialdemokraten vorwarf, sie hätten dreimal durch ihr Zögern einer demokratischen Entwicklung Deutschlands im Wege gestanden – 1914, als sie den Kriegskrediten zustimmten, 1918, als die »Volksbeauftragten« der SPD zum ersten Mal die Freikorps gegen das eigene Volk einsetzten und am 20. Juli 1932, als die sozialdemokratische preußische Regierung, der die 120 000 Mann starke preußische Polizei unterstand, beim Staatsstreich des Reichskanzlers von Papen kampflos kapituliert habe – unterstützte er *Willy Brandt* und dessen Ostpolitik. *Egon Bahr* empfand seine Kolumnen im *Stern* als »wirksamen politischen Flankenschutz« für die sozialliberale Koalition.

Uwe Soukup verbindet seine Darstellung *Haffners* mit wichtigen Ereignissen in der jüngeren deutschen Politik, so zum Beispiel mit der »Spiegel Affäre«.

Haffner bezeichnet das polizeiliche Eindringen in die Redaktionsräume des *Spiegel* am 26. Oktober 1962, veranlaßt durch den damaligen Verteidigungsminister *Strauß*, als »neofaschistisch«. In der *Panorama*-Sendung vom 4. November 1962 stellt *Haffner* fest: »Wenn die deutsche Öffentlichkeit sich das gefallen läßt, wenn sie nicht nachhaltig auf Aufklärung dringt, dann adieu Pressefreiheit, adieu Rechtsstaat, adieu Demokratie.« Er verläßt den Verlag des *Axel Cäsar Springer*, für den er regelmäßig geschrieben hatte, weil dieser Verleger seine Medien selbstherrlich auf den Kurs des Kalten Kriegers einschwor und die Polizeiaktion gegen den *Spiegel* als staatsichernde Maßnahme rechtfertigte.

Adenauer, den *Haffner* noch bis 1961 gerühmt hatte, eine innere deutsche Stabilität geschaffen zu haben, kritisierte er nun, *Strauß* nicht sofort aus seinem Ministeramt entlassen zu haben. »Der Alte« sei zu schwach. Seine Politik wolle die deutsche Einheit vorsätzlich zerstören, da sich *Adenauer* in den Grenzen des westdeutschen Staates ganz wohl fühle und die Aufnahme der alten Verbindungen zu den »sozialdemokratischen Preußen« im Osten nur fürchte.

Bereits in den vierziger Jahren hatte *Haffner* für eine NATO und für ein vereinigtes Europa plädiert. Aber in den sechziger Jahren forderte er die Neutralität Westdeutschlands und Ostdeutschlands. Nur so sei die Einheit beider Staaten durch freie Wahlen möglich. Der von Freundschaft erklärte Blick auf die andere Seite des Ozeans oder nach Moskau verhindere die Einheit Deutschlands. Der Mauerbau sei eine verständliche Tat verzweifelter Akteure gewesen, die ein Ausbluten ihres Landes hätten verhindern wollen. Die Mauer habe trotz aller Not einen Weltkrieg verhindert. Mit dieser kühnen Denkweise handelte sich *Haffner* Anfang der sechziger Jahre und auch nach 1989 herbe Kritik ein. Es gab eben nicht viel kühne Demokraten.

Das wurde auch 1968 in Berlin deutlich, wo auf einer Demonstration gegen den Schah von Persien der Student *Benno Ohnesorg* von einem Polizisten erschossen wurde. Die *Bild*-Zeitung machte aus dem Toten ein »Opfer von Krawallen«. Wer Terror produziere, müsse Härte in Kauf nehmen. Darauf konterte *Haffner* im *Stern*: »Da es in Berlin, dank dem Springer-Monopol, keine Möglichkeit mehr gibt, oppositionelle Meinungen auf journalistische Weise an eine breite Öffentlichkeit heranzutragen, bleibt dazu noch das – völlig legale – Mittel der Demonstration.« Die *Morgenpost* beschimpfte *Haffner* und forderte ihn auf – ihn, der 1938 vor den Nazis nach England emigriert war – er möge Berlin verlassen, vielleicht in den Osten! Dabei hatte *Haffner* in vielen Artikeln die DDR als Scheinstaat ohne liberale Verfassung gegeißelt, deren Regierung nicht regiere, sondern Weisungen erfülle. Die DDR halte sich ein Rumpf-Parlament, wie der Reichstag der Nazis eines war.

Er schätzte historische Vergleiche. Der Terrorismus der Baader-Meinhof Gruppe habe nicht den Staat gefährdet, aber er schränkte den Rechtsstaat ein und diskreditierte alle Linken. Ebenso sei die Brandstiftung des Reichstages für *Hitler* nur Vorwand gewesen, um – noch im Einvernehmen mit *Papen* – den Reichspräsidenten eine weitere Notverordnung unterzeichnen zu lassen, durch die der »legale staatliche Terror« der Nazis begann.

Soukups Biographie ist ein wichtiges Buch, das in keinem Geschichtsunterricht fehlen dürfte. Die trefflichen Hinweise auf *Haffners*

Bücher ermuntern dazu, mehr von *Haffner* erfahren zu wollen. *Haffner* verschüttet in seinen Büchern die Leser nicht mit Fakten, wie das Historiker gerne zu tun pflegen. Seine literarische Erzählweise weckt demokratisches Wollen beim Leser. Das brauchen wir jetzt!

JÜRGEN MEIER

**Antistalinistische Opposition
an der Universität Jena
und deren Unterdrückung
durch SED-Apparat und
Staatssicherheit (1956–1958).
Eine Dokumentation von Werner
Fritsch u. Werner Nöckel,
hrsg. vom Landesbeauftragten
des Freistaates Thüringen für die
Unterlagen des Staatssicherheits-
dienstes der ehem. DDR,
Erfurt 2000, 164 S.**

Hier ist nicht nur »Neues über *Stolpe*« zu erfahren, wie es ein ND-Bericht ankündigte. Neuwert hat die gesamte Dokumentation, da sie Auseinandersetzungen, die in einer einzigen Parteiorganisation stattfanden, authentisch, im wesentlichen aber auch exemplarisch widerspiegelt. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU, der die Aufdeckung Stalinscher Verbrechen mit der Anerkennung der Möglichkeit verbunden hatte, auf neuen Wegen zum Sozialismus zu gelangen, gab es für Reformbestrebungen an vielen Hochschulen (und nicht nur dort) starke Unterstützung. Befürchteter Öffentlichkeit wegen galt konservativen Kräften die Kritik von Intellektuellen als besonders gefährlich. Daher wurden viele von ihnen, die sich »durchaus nicht als »Oppositionelle« gefühlt hatten«, durch den Parteiapparat »zu solchen gemacht«, wie *Fritsch* einleitend schreibt (vgl. S. 7). Manche – längere Zeit als »feindlich-negative Elemente« überwacht – wurden 1957 oder 1958 zu mehrjähriger Haft verurteilt. So auch ein Autor dieses Buches.

Gäbe es wieder ein Parteilehrjahr, müßte sein Bericht zur Pflichtliteratur werden: *Werner Nöckel* (Jahrgang 1927), als Reichsbahn-

angehöriger und SED-Mitglied zur Arbeiter- und Bauern-Fakultät (ABF) delegiert, ab 1954 Geschichtsstudent, Parteileitungsmitglied, 1958 wegen ›staatsgefährdender Hetze‹ zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt (unter anderem, weil er im Frühjahr 1956 eine Kopie der angeblich ›gefälschten Rede‹ von Chruschtschow und ein Jahr darauf die FAZ-Ausgabe mit der ›gefälschten Konzeption‹ von *Harich* verbreitet hatte, vgl. S. 160 f.), zwei Jahre später amnestiert und aus Waldheim entlassen, bei der Reichsbahn wieder eingestellt und nach einem Fernstudium als Ingenieur für Eisenbahn- und Brückenbau auch leitend tätig, 1990 Mitbegründer und später Landesvorsitzender der Vereinigung der Opfer des Stalinismus in Thüringen.

Aufmerksamkeit verlangen nicht nur die für unsereinen oft beschämenden Einzelheiten dieses Berichts. Achtung erheischt schon die Haltung, in der *Nöckel* berichtet, und dann sein Fazit: Er betrachte sich »nicht als heldenhaften Widerstandskämpfer«, es verschaffe ihm aber Genugtuung, den Nachkommen beweisen zu können, »daß wir ... gezweifelt haben. Und ... auch versuchten, Änderungen herbeizuführen. Es ist für uns übel ausgegangen, aber wir sind auch ein wenig stolz« auf unseren »kleinen Anteil« an der Wende (S. 69).

Das Vorgehen gegen *Nöckel* ist im Buch ebenso dokumentiert, wie das gegen andere Protagonisten jener Reformbestrebungen. Für die Einführung hat *Fritsch* auch Gespräche ausgewertet (leider wenig zitiert), die er ab 1996 mit sieben von ihnen führte, so mit *Martin Stutz*, der dem »Ölmühlenkreis« kritischer ABF-Dozenten angehörte (S. 12), sowie den nachmaligen Professoren *Hochbaum* und *Schmutzer*. Zu den insgesamt 97 klug ausgewählten, hier meist auszugsweise abgedruckten Texten gehören rund 50 Sitzungs- und Versammlungsprotokolle, Referate und schriftliche Berichte aus Parteigruppen, Grundorganisationen und zentraler Parteileitung der Friedrich-Schiller-Universität (FSU) sowie etwa 30 ›Operativpläne‹, Informationen, ›Sachstandsberichte‹ und andere Papiere aus der Jenaer Kreisdienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS).

So erschreckend es ist, daß Parteisekretäre schon der untersten Ebene den Staatssicherheitsdienst dazu veranlaßten, innerparteiliche

Auseinandersetzungen auf seine Weise zu beenden, so sehr beeindruckt es einen auch, in welcher Vielfalt und Beharrlichkeit die Angehörigen dieser überschaubar kleinen Universität Forderungen erhoben, welche, selbst wenn sie vom studentischen Alltag herkamen, unverkennbar auf Entstalinisierung und Demokratisierung hinausliefen.

Wie den von der FDJ-Leitung der Historiker (namentlich von *Fritsch*, *Wolfgang Hoffmann* und *Harald Lange*) zusammengefaßten und Ende Oktober 1956 zur Diskussion gestellten ›Vorschlägen‹ zu entnehmen ist, geht es den Studenten zwar auch um Änderungen der Stipendienordnung, doch gleichermaßen um erweiterte Mitbestimmung und ebenso um Freiraum für kritische Äußerungen »auch zu grundsätzlichen Fragen der Regierungspolitik«. Die jungen Genossen prangern »einseitige Berichterstattung« an, insbesondere das »Vertuschen von Meinungsverschiedenheiten« in der Parteiführung, und fordern, daß die wichtigsten westdeutschen Tageszeitungen »durch Auslegen im Lesesaal zugänglich gemacht werden« (S. 13). In der Juristischen Fakultät werden sogar konzeptionelle Ansätze für die Herbeiführung sozialistischer Rechtsstaatlichkeit erarbeitet. *Hans-Ulrich Hochbaum* setzt sich insbesondere für die Wiederherstellung der Verwaltungsgerichtsbarkeit ein, *Gerhard Riege* für eine Wahlrechtsreform. Daraufhin bezichtigt die Universitätsparteileitung (UPL) den Dekan *Arno Hübner*, den Institutsleiter *Hochbaum* sowie den Parteisekretär *Riege*, eine »gemeinsame revisionistische Plattform gebildet« zu haben (S. 77).

Wie gesagt, in anderen Hochschulen geschah damals Ähnliches. Doch fehlt bislang eine umfassende Erschließung und vergleichende Auswertung entsprechender Unterlagen. In Jena jedenfalls hatten Kritiker des poststalinistischen Regimes 1956 einen derart starken Rückhalt in fast allen Fakultäten und vielen Instituten, insbesondere bei Chemikern und Medizinern, daß Repressalien erst im Spätherbst möglich wurden. Sie richteten sich zuerst gegen *Günter Zehm* und die »Philosophische Studentengesellschaft« (vgl. S. 103 f.), erlangten 1957 schon eine größere Reichweite, zwangen reformorientierte Parteimitglieder zum Rückzug, veranlaßten manche zum Austritt, so sie nicht ausgeschlossen wurden, und viele zur Selbstkritik.

Zu einem letzten Aufbegehren kam es im Februar 1958, nachdem *Ulbricht* das Zentralkomitee dazu genötigt hatte, *Karl Schirdewan* und weitere eigenwillige Spitzenfunktionäre auszustoßen. In der FSU äußerten viele Parteimitglieder ihre Vorbehalte, manche sogar direkt ihr Mißtrauen gegenüber der Parteiführung. Es wurde verlangt, die strittigen Fragen vom bevorstehenden Parteitag entscheiden zu lassen. Nach Einschätzung der UPL gab es in der Universität »eine große Schar von Menschen, die sofort bereit gewesen wäre, in den Kurs der Gruppe Schirdewan-Wollweber ... einzuschwenken, wenn es dieser parteifeindlichen Gruppe gelungen wäre, die Oberhand zu gewinnen« (S. 150).

Nunmehr führte die UPL eine umfassende Abrechnung mit allen Mitgliedern herbei, die in den letzten zwei Jahren ›geschwankt‹ hatten oder ›versöhnlicherisch‹ aufgetreten waren. Gleichzeitig wurden Studenten verhaftet, die im Herbst 1956 an Protestaktionen beteiligt gewesen waren oder dem »Eisenberger Kreis« angehörten. Wie *Fritsch* schreibt, führte das zu einer »bedrückend-angstgeladenen Atmosphäre« und zog die »Republikflucht« vieler Universitätsangehörigen nach sich (S. 32).

Die Niederlage der reformorientierten Sozialisten erklärt *Fritsch* aus den ungünstigen Rahmenbedingungen des Kalten Krieges, dem Fortbestehen des stalinistischen Machtapparats, aber auch aus ihren eigenen »Schwächen und Erkenntnisschranken«, die er vor allem darin sieht, daß die meisten Ulbricht-Kritiker an den »traditionellen leninistischen Lehrsätzen« über die Partei immer noch festhielten und auch recht verschiedene Vorstellungen davon hatten, was nun eigentlich wie erreicht werden konnte und sollte (vgl. S. 35). *Zehm* erkannte schon damals: »Wir vermögen den unterdrückten Menschen kein Programm, kein Manifest zu geben...« (S. 99).

All das leuchtet ein, und in einer Dokumentation zweier Jahre kann es keine weiterreichenden Betrachtungen geben. Doch dem Leser drängt sich die Frage auf, wo denn das große intellektuelle Potential für eine Sozialismusreform letztlich geblieben ist, das 1956 so plötzlich in Erscheinung getreten war. Schließlich gingen nicht alle Ulbricht-Kritiker in den Knast oder in den Westen. Wie schaffte es dieses Regime, neben einer Minderheit

unversöhnlicher Feinde wie etwa *Zehm* eine Mehrheit zuverlässiger Sachwalter wie etwa *Herger* heranzubilden? (Ja, der nachmalige ZK-Abteilungsleiter gehörte damals auch zu *Zehms* Studentengesellschaft.) Und wie gelang es, eine ganze Generation junger Sozialisten, der um 1930 geborenen, schließlich dahin zu bringen, daß sie – versagte, als sie an der Reihe gewesen wäre, die politische Führung zu übernehmen?

JOCHEN ČERNÝ

Zu beziehen ist die Dokumentation vom Hrsg. in 99019 Erfurt, PF 941 (4 DM zzgl. Porto).